

Deutschland tappt in die nächste Ideologiefalle

Welt, 02.01.2023, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus242961187/Gas-Beim-Fracking-tappt-Deutschland-in-die-naechste-Ideologiefalle.html>

Soll Fracking wieder erlaubt werden? Unter deutschen Geologen tobt ein bizarrer Streit um die inländische Gasförderung. Nur: Geologie spielt in der Auseinandersetzung überhaupt keine Rolle, denn fachlich formulieren die Wissenschaftler keine Einwände.

In Deutschland ist es nicht leicht, einmal getroffene Entscheidungen zu revidieren, wenn die Umstände sich ändern. Bundesfinanzminister Christian Lindner bekam das zu spüren, als er angesichts der Energiekrise dafür plädierte, heimische Erdgasvorräte mittels Fracking-Technologie nutzbar zu machen. Dies sei billiger sowie klima- und umweltfreundlicher, als Fracking-Gas per LNG-Tanker aus Katar oder den USA zu importieren, argumentierte er.

Die Reaktion der Umweltszene darauf: Jörg-Andreas Krüger, Präsident des größten deutschen Umweltverbandes Nabu, warf dem FDP-Chef vor, Lügen zu verbreiten. „Christian Lindner erzählt beim Fracking nicht die Wahrheit“, behauptete Krüger kürzlich in einer Pressemitteilung.

Beim Fracking wird Wasser in tief liegende Schichten von Schiefergestein gepumpt. Durch die dabei entstehenden Risse strömt Erdgas und Öl zum Bohrloch. Die USA sind damit zu einem führenden Gas- und Ölexporteur geworden. In Deutschland werde aber niemand diese Technik in Betracht ziehen, „wenn die vielerorts auftretende Zunahme von Krebserkrankungen rund um Fracking-Bohrstellen berücksichtigt wird“, beschied Nabu-Präsident Krüger dem Bundesfinanzminister.

Krebserkrankungen rund um Fracking-Bohrstellen? Auch noch vielerorts und zunehmend? Für Laien klingt Krügers Argumentation angsteinflößend. Das Problem dabei: Die Vorwürfe des Nabu-Präsidenten basieren selbst auf einer Falschbehauptung. Die Episode ist symptomatisch dafür, dass Deutschland einen historischen Fehler wiederholt: Wie zuvor in der Frage der Atomkraft gerät die Fracking-Frage zum ideologisierten Stellungskrieg, in dem es nicht mehr um sachlich richtig oder falsch geht.

WELT AM SONNTAG fragte beim Nabu nach, welche Belege er für die Warnungen vor Fracking habe. Der Umweltverband verwies auf einen Verdachtsfall in der niedersächsischen Samtgemeinde Bothel im Jahr 2013. Dort wurde Erdgas gefördert, zugleich hatte es eine Häufung („Cluster“) von Krebserkrankungen gegeben.

Das Problem an der Argumentation: Der Verdacht, das eine könnte mit dem anderen zu tun haben, wurde mehrfach widerlegt. In einer Studie der Universität München aus dem Jahr 2018 konnte „weder ein Zusammenhang der räumlichen Wohnnähe zu Schlammgruben noch zu allen Anlagen der Kohlenwasserstoffförderung (Erdgas- und Erdölförderanlagen) nachgewiesen werden“. Als mögliche Erklärung müsse man also wohl „statistischen Zufall“ oder „konkurrierende Expositionen“ in Betracht ziehen, so die Forscher.

Tatsächlich hatte der Landkreis Rotenburg-Wümme zuvor in einer Untersuchung festgestellt, dass unter den Patienten „eine gewisse Tendenz für eine langjährige Tätigkeit in der Holz verarbeitenden Industrie“ aufgefallen war. Das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (EKN) gab im Juni dieses Jahres vollends Entwarnung: Es gebe „keine Hinweise auf eine Fortsetzung des Clusters“.

Auf Nachfrage, welche Fälle dann aber sonst gemeint sein könnten, gestand der Nabu ein: „Da haben wir wohl etwas unpräzise formuliert, da ich weitere eigene Quellen nicht anbieten kann“, teilte Sebastian Scholz, Leiter Klimapolitik mit. Einen Grund, die Behauptung zu berichtigen, sieht er aber wohl nicht: Die Falschmeldung von den Krebserkrankungen findet sich heute noch auf der Homepage des Verbands.

Experten haben es schwer, ihre Erkenntnisse gegen die medial gut organisierten Umweltverbände zu Gehör zu bringen. Anfang November hatte es der Berufsverband deutscher Geowissenschaftler (BDG) versucht. Beim Fracking seien „nach Stand von Wissenschaft und Technik keine negativen Umweltwirkungen zu befürchten“, hieß es in einer Erklärung: „Heimisches Frackinggas ist relativ kurzfristig verfügbar, führt zu weniger Methanemissionen und ist auf jeden Fall billiger als Gas aus LNG-Anlandungen.“ Deutschland tue gut daran, das Verbotsgesetz wieder aufzuheben.

Unterstützt wurde der BDG von der Deutschen Geologischen Gesellschaft, vom Experten Christoph Hilgers vom Karlsruhe Institute for Technology und von Hans-Joachim Kumpel, früher Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.

In einer Veranstaltung in Berlin nahmen die Experten Stellung zu praktisch allen Fracking-Sorgen. Gefahr fürs Grundwasser? Fracking-Flüssigkeit habe heute die Wassergefährdungsklasse 1, „wie Schwimmbadwasser“. Zu großer Wasserbedarf? Pro Bohrung brauche man die Menge von ein bis zwei Freibädern, die könne man ohne Nutzungskonkurrenz den Flüssen entnehmen. Erdbebengefahr? Können mit Sensorik ausgeschlossen werden.

Mit einer modernen sternförmigen Bohrtechnik könnten 200 Bohrplätze in Deutschland genügen, um 50 Jahre lang 40 Prozent der russischen Gaslieferungen zu ersetzen. Nach Ende der Förderung könnten viele Bohrlöcher für die Nutzung von Geothermie weiterbetrieben werden. Die Geologen kamen zu dem gleichen Schluss wie 2021 bereits die „Expertenkommission Fracking“ des Bundes: „Umweltrisiken aufgrund von Fracking unkonventioneller Lagerstätten lassen sich durch eine angepasste Steuerung und Überwachung der Maßnahmen minimieren.“

Inzwischen regt sich in der Geologenszene aber Kritik an den Aussagen der eigenen Spitzenverbände. In einer von Studenten organisierten Online-Petition wendet sich die Gruppe Geos for Future gegen die Förderung von Schiefergas. Es fanden sich auch Unterstützer aus der Professorenschaft. Bemerkenswert: Die Fracking-Gegner unter den Geologen geben der Pro-Fracking-Fraktion inhaltlich sogar recht, wie es in der Petition heißt: „Moderne Methoden der unkonventionellen Erdgasförderung mögen aufgrund von technischen Weiterentwicklungen und hohen Umweltstandards in Deutschland mit vergleichsweise geringen Risiken verbunden sein.“

Um ihre Gegnerschaft zu begründen, greifen die jungen Geologen auf fachfremde Argumente zurück: Man müsse „ökonomische, raumplanerische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen“ berücksichtigen. „Auch mit umfangreichen Beteiligungsverfahren und bestmöglicher Wissenschaftskommunikation ist nicht davon auszugehen, dass der geforderte Einsatz dieser Methode zur Erdgasgewinnung hierzulande je auf gesellschaftliche Akzeptanz treffen könnte.“ Mit wissenschaftlichen Erkenntnissen aber hat das nichts zu tun. Für die deutsche Energieversorgung kann so ein Angang zum Problem werden.